

Entschließungsantrag

des Abgeordneten MMMag. Dr. Axel Kassegger
und weiterer Abgeordneter

betreffend die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation - UG 40

eingebraucht in der 154. Sitzung des Nationalrates am 24. November 2016 im Zuge der Debatte zu TOP 4: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1260 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2017 (Bundesfinanzgesetz 2017 -BFG 2017) samt Anlagen (1338 d.B.)

Seit nunmehr 2 ½ Jahren sind die seitens der Europäischen Union gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen in Kraft. Diese Strafmaßnahmen betreffen vor allem Russlands Energiewirtschaft sowie den Verteidigungs- und Finanzsektor. Die Politik der Europäischen Union gegen Russland hat in den letzten Jahren mittlerweile beachtlichen Schaden für die Volkswirtschaft der Republik Österreich gebracht.

In einer Studie des WIFO "Makroökonomische Effekte des Handelskonflikts zwischen der EU und Russland" aus dem Dezember 2014 wurde zu den Auswirkungen Folgendes zusammengefasst:

„Das WIFO berechnet diese Gesamteffekte für Österreich aufgrund des nicht vorhersehbaren weiteren Verlaufs der Krise über drei Szenarien und kommt dabei zu dem Schluss, dass die Sanktionen gegen Russland zwischen 9.000 und 45.000 Arbeitsplätze gefährden könnten und die Wertschöpfung zwischen 0,6 und 2,9 Mrd. € gedämpft werden könnte.“

([http://www.bmwf.w.gv.at/Aussenwirtschaft/Seiten/Bundesregierung unterstuetzt-Unternehmen.aspx](http://www.bmwf.w.gv.at/Aussenwirtschaft/Seiten/Bundesregierung%20unterstuetzt-Unternehmen.aspx); abgerufen am 06. Juli 2015)

Das WIFO kam in der o.a. Studie weiters zu folgendem Ergebnis:

„Kurzfristig ist von den Export- und Tourismusaufschlägen und deren Rückwirkungen auf Exporteure und deren Lieferanten 0,2% der Beschäftigung betroffen; im ungünstigsten Fall (...) steigt dieser Anteil auf 1,1%. Die BIP-Effekte liegen zwischen 0,2% und 1%.“

Die Zahlen der letzten Jahre bestätigen diese Einschätzungen. So sind die Exporte nach Russland massiv zurückgegangen.

Im Bericht der WKO Außenwirtschaft zur Österreichischen Exportwirtschaft 2016 vom Oktober 2016 ist in diesem Zusammenhang folgendes zu lesen:

„Entwicklung der österreichischen Exporte im Jahr 2015:

Von Jänner bis September 2015 wurde ein echter Handelseinbruch verzeichnet – die Exporte aus Österreich nach Russland reduzierten sich um 39,1% auf EUR 1,47 Mrd. während der Import aus Russland im selben Zeitraum um 6,9% auf EUR 1,75 Mrd. zurückging. Grund hierfür ist – wie auch bereits in 2014 – das gesunkene Realeinkommen und der damit einhergehende Rückgang im privaten Konsum.

Auswirkungen der Russland-Sanktionen:

Russland war im letzten Jahr noch unser elftwichtigstes Exportland und ist 2015 auf den 15. Rang zurückgefallen. Insgesamt hängen rund 50.000 österreichische Jobs direkt oder indirekt an den Handelsbeziehungen mit Russland.

Auf österreichischer Seite sind durch die Sanktionen in erster Linie Lebensmittelexporte betroffen. Probleme gibt es auch mit österreichischen Exporten von Investitionsgütern (dies aber v.a. bedingt durch die „Investitions-Unlust“ russischer Unternehmen). Indirekt sind österreichische Zulieferer auch stark von den Rückgängen der deutschen Exportwirtschaft nach Russland betroffen, und da insbesondere von Einbrüchen bei den deutschen Kfz- und Maschinen-Exporten. Zusätzlich zu den Exporten nach Russland gingen auch die Exporte nach Belarus sowie in die meisten Staaten des Kaukasus und Zentralasiens zurück - alles Länder, relativ eng mit der russischen Wirtschaft verbunden und damit direkt und indirekt von den Sanktionen mit betroffen sind.

Russland zählt zu den wichtigsten Hauptmärkten für den Tourismus in Wien und für Österreichs Wintersportgebiete. Die Anzahl der Übernachtungen russischer Touristen in Wien ist 2015 um rund 30% zurückgegangen.“

Dieser Trend setzt sich in diesem Jahr fort, wie beispielsweise die „Presse“ vom 07.09.2016 in diesem Zusammenhang berichtete:

„Österreichs Exporte nach Russland brechen um 14 Prozent ein

Russland - 2013 noch unter den Top-10 der Exportländer - lag im ersten Halbjahr 2016 an 16. Stelle. Sie brachen im Vergleich zum Vorjahr um 14,2 Prozent auf 0,84 Milliarden Euro ein. Die österreichischen Ausfuhren nach Russland litten in den vergangenen Jahren unter den Sanktionen, die die EU wegen der Annexion der Krim gegen Russland verhängt hatte und den russischen Gegenmaßnahmen.

Vizekanzler Mitterlehner hat sich kürzlich anlässlich eines Empfangs des russischen Wirtschaftsministers gegen eine Verlängerung der Sanktionen ausgesprochen.

„Zwischen Russland und Österreich bestehen traditionell gute Handelsbeziehungen, die wir weiter intensivieren wollen“, sagte Vizekanzler Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, der seinen russischen Amtskollegen, Wirtschaftsminister Alexei Uljukajew, am Mittwoch zu einem bilateralen Arbeitsgespräch empfing.

Thematisiert wurden unter anderem die bestehenden EU-Sanktionen gegen Russland, die zu Rückgängen bei den Handelsergebnissen geführt haben.

„Österreich ist gegen eine Verschärfung oder Verlängerung dieser Einschränkungen. Sanktionen sind langfristig nicht der richtige Weg, um in Zukunft gute Kooperationen aufzubauen“, bekräftigte Mitterlehner, der zugleich auf den Minsker Prozess verwies, der von beiden Seiten umgesetzt werden müsse.

OTS202 / 09.Nov 16

Ungeachtet dessen sollen beim Europäischen Rat im Dezember 2016 die Staats- und Regierungschefs nunmehr über eine weitere Verlängerung der von der EU wegen der Krim-Annexion gegen Russland verhängten Sanktionen entscheiden.

Dem Vernehmen nach haben sich anlässlich seines Abschiedsbesuchs in Berlin US-Präsident Barack Obama, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, Hollande, Rajoy, May und Renzi auf eine Fortsetzung der Sanktionen gegen Russland verständigt. Vor diesem Hintergrund ist ein Schulterschluss Österreichs in dieser Frage im Sinne der raschen Beendigung der Sanktionen von größter Dringlichkeit.

Nicht zuletzt im Interesse der heimischen Wirtschaft und der Arbeitsplätze stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf Europäischer Ebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation unverzüglich aufgehoben werden, bzw. eine Verlängerung der Sanktionen jedenfalls abzulehnen."

W. Krauss
Erwin J. Müller
Stefan
Stefan
Stefan

24/11

